



Weihnachtsstimmung kommt bei den Lichtenberger LINKEN in diesem Jahr nur schwer auf. Da Evrim Sommer von der Bezirksverordnetenversammlung nicht als Bezirksbürgermeisterin gewählt wurde, nominierte DIE LINKE Michael Grunst für das Bürgermeisteramt und Katrin Framke als Stadträtin für das Lichtenberger Rathaus.

Ich sag mal ...



Weiterbau der A100 gestoppt. „Bezahlbares Wohnen statt A100!“ Dieser Satz stand auf meinen Wahlplakaten bei der vergangenen Abgeordnetenhauswahl. Wir LINKE haben vor der Wahl versprochen, dass es mit uns keinen Weiterbau der A100 durch Lichtenberg geben wird. Stattdessen haben wir vorgeschlagen, den öffentlichen Nahverkehr auszubauen und in sichere Radwege sowie die Sanierung der bestehenden Straßen und Brücken zu investieren.

Dieses Versprechen haben wir gehalten. Im Koalitionsvertrag haben wir uns mit SPD und Grünen darauf geeinigt, dass keinerlei Planungen oder Planungsvorbereitungen für den 17. Bauabschnitt unternommen werden. Gleichzeitig wollen wir den aktuell in Bau befindlichen 16. Bauabschnitt am Treptower Park zu einem qualifizierten Abschluss bringen. Das heißt, ihn so abzuschließen, dass es keinen Weiterbau geben wird.

Ich gebe zu: Das ist nur die zweitbeste Lösung. Gern hätten wir auch den Bau des 16. Bauabschnittes bereits an der Sonnenallee beendet. Jetzt geht es darum, diese Einigung auch umzusetzen. Ich bleibe für Sie am Ball!

SEBASTIAN SCHLÜSSELBURG

Ein Wandel zum Besseren

Nach sechs Wochen intensiver Verhandlungen war er fertig: der Koalitionsvertrag für eine Koalition aus SPD, LINKEN und den Bündnis90/Die Grünen. „Einen Wandel zum Besseren“ soll er bringen, heißt es in der Präambel. Und in der Tat werden die zum Teil sehr ambitionierten Vorhaben umgesetzt, wird Berlin sozialer, ökologischer und demokratischer werden.

Die erste gute Nachricht: Der Personalabbau in den Bezirksverwaltungen wird gestoppt. Jährlich sollen 5000 bis 6000 Menschen im Öffentlichen Dienst neu eingestellt werden. Die Bezirke erhalten mehr Geld. Das Chaos in den Bürgerämtern soll beendet werden. Ziel ist, dass BürgerInnen innerhalb von 14 Tagen ihr Anliegen in einem Bürgeramt erledigen können.

Wie von der LINKEN gefordert, soll ein milliardenschweres Investitionsprogramm aufgelegt werden: für Sanierung und Bau von Schulen, für den Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs und der Radinfrastruktur, zur Verbesserung der Situation in den Krankenhäusern. Das wird auch neue Arbeitsplätze schaffen.

Und selbstverständlich wird in den Bau bezahlbarer Wohnungen investiert: Bis 2025 sollen die kommunalen Wohnungsbaugesellschaften mindestens über 400.000 Wohnungen verfügen. Eine Vielzahl von mietendämpfenden Maßnahmen wurde vereinbart. So dürfen die kommunalen Gesellschaften nur noch eine Modernisierungsumlage von maximal 6 Prozent erheben, statt der gesetzlich zu-

lässigen 11 Prozent. Ab dem 1.1.2018 wird die Erstattung der Wohnkosten für Empfänger von Hartz IV und Grundversicherung deutlich erhöht werden. Der Preis für das Sozialticket wird von 36 auf 25 Euro abgesenkt. Und ein neues soziales Fahrpreissystem für BVG und S-Bahn soll entwickelt werden.

Und nicht zuletzt: Berlin soll mit einem eigenen Stadtwerk ein starkes, ökologisch und sozial ausgerichtetes Energieunternehmen bekommen, die Energienetze sollen wieder in öffentliches Eigentum.

Viele Forderungen der LINKEN finden sich in dem Koalitionsprogramm wieder. Jetzt gilt es dieses umzusetzen. Und dazu braucht es die Unterstützung vieler aktiver BürgerInnen.

HARALD WOLF

Meistermacher:

Interview mit Dr. Neumes, Leiter des Schul- und Leistungssportzentrums



Gerechtigkeit:

Rechenbeispiele zur Angleichung der Ost-Renten



Gewählt:

Der neue Bezirksvorstand der Lichtenberger LINKEN



Erfahren:

Dr. Gesine Löttsch ist die neue Bezirksvorsitzende



KURZ GEMELDET

PARKPLATZ

Anstelle der verwilderten Grünfläche im Bereich Ruschestraße zwischen Gotlindestraße und NETTO-Kaufhalle wird die HOWOGE künftig einen Parkplatz errichten. Dabei werden auch sieben neue Bäume angepflanzt. Wie das Bezirksamt der BVV mitteilt, ist das bislang öffentliche Straßenland mit Wirkung vom 1. November dem Wohnungsunternehmen verkauft worden. 2017 werden die Wasserbetriebe den unter der Fläche befindlichen Abwasserkanal erneuern. Der Platz soll die Parkplatzsituation in der Umgebung des Rathauses sowie für die Anwohner entlasten.

DEKRA-PFUHL GESCHÜTZT

Noch in diesem Jahr sollen die nördlich der Zingster Straße am Dekra-Pfuhl durchgeführten Artenschutzmaßnahmen abgeschlossen sein. Die Gewässersohle wird vertieft, die restlichen nach der Berliner Baumschutzverordnung nicht geschützten Bäume werden gefällt. Das gerodete Holz verbleibt überwiegend vor Ort, um beim Bau von Biotopen an der nördlichen Uferböschung zur Verfügung zu stehen. Damit sind die Unterschlupfmöglichkeiten für die ansässige streng geschützte Zauneidechse weiterhin vorhanden. Der ca. 2000 Quadratmeter große Pfuhl hat vor allem für streng geschützte Arten wie Moorfrosch, Wechselkröte und Zauneidechse eine besondere Bedeutung.

FREIZUG DER SPORTHALLEN

Das Bezirksamt Lichtenberg fordert den Senat dringend auf, den Freizug der Lichtenberger Sporthallen Darßer Straße und Wollenberger Straße vor dem Wintereinbruch umzusetzen. Derzeit leben Geflüchtete unter unwürdigen Bedingungen in Sporthallen, während unmittelbar daneben ein fertiges Tempohome leer steht. Bezirksbürgermeisterin Birgit Monteiro (SPD) am 23. November: „Ich fordere den aktuellen Senat auf, seiner noch immer bestehenden Verantwortung nachzukommen. Wir haben es im vergangenen Jahr innerhalb weniger Tage geschafft, Unterkünfte für tausende Menschen zu organisieren. Es darf nicht sein, dass Menschen in Sporthallen leben müssen, weil man auf den neuen Senat wartet und sich bis dahin mit Entscheidungen zurückhält.“

JOACHIM PAMPEL

Plätze für das Öffentliche

Vom Johannes-Fest-Platz in Karlshorst bis zum Prerower Platz in Hohenschönhausen – in unserem Bezirk gibt es über ein Dutzend öffentliche Plätze. Sie stehen als Brennpunkte des öffentlichen Lebens im Zentrum städtebaulicher Diskussionen. Ihre Gestaltung darf linker Kommunalpolitik nicht gleichgültig sein.

Uns darf nicht gleichgültig sein, wie unsere Plätze bebaut sind. Öffentlicher Boden ist in Berlin ein knappes Gut und die Konkurrenz um seine Nutzung nimmt zu. Das gilt umso mehr für die wenigen noch unbebauten Flächen der Stadt, die Begehrlichkeiten bei Inverstoren und Stadtplanern wecken. Dies lässt sich in Lichtenberg an den geplanten Bauvorhaben in der Paul-Zobel-Straße und dem Platz vor dem Dolgensee-Center beobachten. Doch auch wenn die Plätze unbebaut bleiben, müssen wir über ihre Nutzung diskutieren: Wochenmarkt oder linkes Kulturfest; Fußgänger, Radfahrer und auch Autos? Für welche Altersgruppen soll der Platz Angebote schaffen? Auch hier darf es keine Stadtplanung ohne Bürgerbestimmung geben. Kommunalpolitik tut gut daran, Änderungswünsche der Anwohnerschaft aufzugreifen (Bsp. Roedeliusplatz) und vor Planungsbeginn Bürgerforen einzuberufen (Bsp. Freiaplatz). Um Mitbestimmung während der gesamten Länge des Umgestaltungsprozesses zu gewährleisten,



2014 wurde Stefan Heym zu Ehren ein Platz eingeweiht. Die BVV Lichtenberg hat die Freifläche an der Ecke Frankfurter Allee/Möhlendorff-Straße auf Initiative der Linksfraktion mit einstimmigem Beschluss nach ihm benannt.

sollten Baubeiräte (Bsp. Anton-Saefkow-Platz) einberufen werden.

Uns darf nicht gleichgültig sein, was auf unseren Plätzen passiert. Denn Plätze helfen, demokratische Öffentlichkeit zu konstituieren. Wichtigste Orte des antiken Gemeinwesens waren Agora oder Forum und auch heute besetzen Protestbewegungen wie „Movimento 15M“ in Spanien oder „Nuit debout“ in Frankreich öffentliche Plätze, um gesellschaft-

lich wahrgenommen zu werden. Als Begegnungsort sind Plätze wichtig für das bezirkliche Miteinander und sind daher für alle zugänglich zu gestalten. Dazu gehört neben Barrierefreiheit auch, dass der Platz durch Sitzmöglichkeiten und Sauberkeit Aufenthaltsqualität vermittelt und durch ausreichende Beleuchtung und räumliche Offenheit Sicherheit ausstrahlt. Zudem reicht es nicht, einen Platz zu bauen, er muss auch belebt werden. Welche Veranstaltungen können dauerhaft mit einem Platz verbunden werden? Wie kann die Verwaltung Plätze zur besseren Information und Kommunikation mit den Einwohnern nutzen? Wie können wir Mitbestimmungsinstrumente, wie den Bürgerhaushalt, Bürgerjurs oder Einwohnerversammlungen auf die Plätze holen?

Uns darf nicht gleichgültig sein, wie unsere Plätze heißen. Kieze gruppieren sich um Plätze oder werden von solchen abgeschlossen. Plätze sind als markanter Ort symbolträchtig und bringen eine lange (Namensgebungs-) Geschichte mit. Als prägend für den Gebietscharakter verdienen sie einen besonderen Namen. Die Benennung des Stefan-Heym-Platzes hat hierfür Vorbildfunktion. Wir sollten die Tradition fortsetzen, Plätze in Lichtenberg nach verdienten Antifaschistinnen und Antifaschisten zu benennen.

ANTONIO LEONHARDT

Bürgermedaille für 13 mal bürgerschaftliches Engagement

Seit 2004 werden jährlich Bürgerinnen und Bürger mit der Lichtenberger Bürgermedaille ausgezeichnet. Eine der 13 dieses Jahr Geehrten ist Dr. Liselotte Bertermann. Schon seit Beginn der 1990er Jahre berät sie ehrenamtlich Lichtenbergerinnen und Lichtenberger in Mieterfragen und gründete dazu die Bezirksgruppe des Berliner Mietervereins mit. Liselotte Bertermann wird kreativ, um die Lichtenberger über die Veränderungen im Mietrecht zu informieren. Sie ist für den Berliner Mieterverein und die Lichtenberger Mieterinnen und Mieter aktiv, indem sie zu Ausschuss-Sitzungen der Bezirksverordnetenversammlung geht, den Kontakt zu den Mieterbeiräten der Wohnungsunternehmen sowie zu Parteien und Vereinen pflegt. Zusätzlich hält sie Sprechstunden ab und engagiert sich beim „Runden Tisch Mieten“. Als u. a. rund 200 Mieter in einem Wohnkomplex

der GSW mit modernisierungsbedingten Mieterhöhungen um 130 Prozent konfrontiert wurden, steckte sie Infoblätter in die Briefkästen. Mittlerweile ist sie als Repräsentantin des Berliner Mietervereins in Mieterfragen so bekannt, dass sie regelmäßig zu Veranstaltungen zu Fragen des Mieterschutzes und einer mieterfreundlichen Politik eingeladen wird.

Gratulation auch an die ausgezeichnete Renate Mohrs. Sie hat als stellvertretende Vorsitzende der Seniorenvertretung des Bezirkes einen großen Anteil an der positiven Entwicklung dieses Gremiums und seiner tiefen Verankerung in der Bürgerschaft. Auch auf Initiative von Renate Mohrs begehrt der Bezirk Lichtenberg den „Internationalen Tag der älteren Menschen“. Ihr Einsatz hat bewirkt, dass die „Woche der älteren Menschen in Lichtenberg“ aus der Taufe gehoben und gerade zum dritten Male

begangen wurde. So behält der Bezirk die Bedürfnisse der älteren Generation im Blick.

HENDRIKJE KLEIN



Gratulation an Renate Mohrs (Mitte links) und Lilo Bertermann (Mitte rechts) zur Lichtenberger Bürgermedaille.

„Sie sind unser Meister“

Nach 25 Jahren geht Schulleiter Neumes in den Ruhestand. Es ist auch sein Verdienst, dass in der Zeit über 40 olympische Medaillen gewonnen wurden. | Von KLAUS SINGER



Dr. Gerd Neumes und Dr. Gesine Löttsch im Gespräch.

■ Wie kommt ein Lehrer für Französisch und Politik dazu, eine der erfolgreichsten Sportschulen der Welt zu leiten?

Als ich 1991 aus einer Neuköllner Schule in die Werner-Seelenbinder-Schule wechselte, sagte man mir, dass Schüler aus dieser Schule mehr olympische Medaillen gewonnen hatten als Großbritannien zusammen. Das hat nicht nur mich beeindruckt.

■ Wen hat es noch beeindruckt?

Nach der Wende wurde die Parole herausgegeben: „platt gemacht.“ Es gab sehr viele Vorbehalte: Das Konzept sei ideologisch, elitär, selektiv und unpädagogisch. Doch offensichtlich hat der Erfolg der Schule einige Politiker zögern lassen. So kam es zu einem Schulversuch. Man wollte sich die Sache etwas näher anschauen. Mit der Entscheidung für 20 Mio. Euro einen Neubau zu planen, wurde die Schule nicht mehr infrage gestellt.

■ Welche großen Namen verbinden sich mit dieser Schule?

Bei uns haben Franziska van Almsick und Britta Steffens trainiert. Die Brüder Robert und Christoph Harting haben an unserer Schule gelernt und ihre Diskusscheiben geworfen.

■ Wie kommen die Kinder und Jugendlichen an Ihre Schule?

In der DDR gab es ja eine landesweite Talenterfassung. Heute sind die Sportvereine für die Talentsuche verantwortlich. Das ist nicht immer ganz leicht. Bei einigen Sportarten gibt es Nachwuchsprobleme. Allerdings ist unsere Schule davon noch nicht betroffen.

■ In welchem Alter kommen die Kinder an die Schule?

Eiskunstlaufen beginnt mit der 1. Klasse, Schwimmen mit der 5. Klasse und die meisten Schülerinnen und Schüler beginnen mit der 7. Klasse bei uns zu trainieren.

■ Wie ist die soziale Zusammensetzung?

Die meisten Mädchen und Jungen kommen aus der Mittelschicht. Die Oberschicht bevorzugt eine klassische Ausbildung für ihren Nachwuchs. Kinder, die aus armen Familien kommen, haben es schwer. Sie zahlen zwar kein Schulgeld und es gibt viele Härtefallregeln, doch die Kinder brauchen die volle Unterstützung der Eltern. Die haben häufig genug andere Probleme zu lösen. Auch Kinder aus Migrantenfamilien sind leider selten an unserer Schule. Beim Eiskunstlauf haben wir Kin-

der aus der ehemaligen Sowjetunion. Beim Boxen und beim Ringen gibt es einige arabische und türkische Jungs.



Großer Trubel bei der feierlichen Eröffnung des Neubaus der Schule.

■ Wie sieht der Stundenplan aus?

Es sind theoretisch 25 Trainings- und 25 Unterrichtsstunden in der Woche. Das ist natürlich nicht zu schaffen. Es werden deshalb Trainingsstunden als Sportunterricht anerkannt. Trotzdem ist die zeitliche Belastung enorm.

■ Was passiert mit den Jugendlichen, die die sportliche Leistung nicht erbringen?

Das ist für die Jugendlichen, aber

auch für die Eltern bitter. Wir versuchen, dass die Schüler in eine Schule ihrer Wahl wechseln können. Kein Jugendlicher verlässt die Schule ohne Abschluss. „Sitzenbleiber“ gibt es bei uns nicht. Das liegt natürlich auch an den unvergleichlich guten finanziellen und personellen Bedingungen an unserer Schule.

■ Warum trägt die Schule nicht mehr den Namen des Ringers Werner Seelenbinder, der von den Nazis ermordet wurde?

Das hat nichts mit Werner Seelenbinder zu tun. Der war ein aufrechter Mann. Unsere Schule musste mit dem Coubertin-Gymnasium fusionieren. Das war ein sehr komplizierter Prozess. Keine Schule wollte auf ihren Namen verzichten. Dann haben wir uns darauf geeinigt, dass das Internat nach Werner Seelenbinder und die Sporthalle nach Coubertin benannt werden soll. Die Schule heißt jetzt Schul- und Leistungssportzentrum Berlin. Eine Büste von Seelenbinder steht immer noch im Eingangsbereich unserer Schule.

■ Wie war ihr Abschied?

Die Boxer schrieben mir: „Sie sind unser Meister.“ (lacht)

Warten auf eine gerechte Rente

39

ZAHL DES MONATS

Bis zum Jahre 2025 sollen Ost-Rentner noch warten. Erst dann soll die Ost-Rente auf Westniveau steigen. Menschen, die in der DDR ihr ganzes Leben hart gearbeitet haben und 1990 in Rente gegangen sind, müssen also 100 Jahre alt werden, damit sie die Rentenangleichung noch erleben. Die Rentenministerin Nahles hat also ein Konzept vorgelegt, das sich an den Sterbetafeln orientiert. Viele Rentnerinnen und Rentner werden die Angleichung nicht mehr erleben. Das ist eine zynische Politik.

Das geplante Rentenpaket ist aber auch eine Zumutung für Menschen, die jetzt in Ostdeutschland arbeiten. Mit der Rentenangleichung soll die Umrechnung beendet werden. Da die Löhne und Gehälter in Ostdeutschland niedriger sind als in der alten Bundesrepublik, gibt es einen gewissen Ausgleich, eine Umrechnung bei der Berechnung der Renten. Noch heute liegen die Ost-Einkommen von sozialversicherungspflichtigen Vollzeitbeschäftigten im Schnitt 24 Prozent unter den West-Einkommen. Der Wegfall der Umrechnung führt zu einer realen Kürzung der Renten. Damit ist die Altersarmut in Ostdeutschland vorprogrammiert. Wegen der Rentenreform von SPD und Grünen sinkt schon seit Jahren die Rente. Ein heute 40jähriger Ostdeutscher wird eine Rente unter dem Niveau der Grundsicherung haben. Das stellt unser Rentenversicherungssystem grundsätzlich infrage. Als Mittel ge-

gen Altersarmut fordert die LINKE das alte Rentenniveau von 53 Prozent und eine solidarische Mindestrente von 1.050 Euro.

Frau Nahles warnte in den Medien vor unhaltbaren Rentenversprechen im Wahlkampf und meinte: „Das kann sich nur die Linkspartei leisten, die sich einen feuchten Kehrriech darum kümmert, was es kostet.“ Das ist eher ein Problem von CDU/CSU und SPD. Die Kanzlerin hat in den vergangenen Wahlkämpfen den Ostdeutschen immer wieder eine gerechte Rente versprochen. Sie hat ihr Rentenversprechen immer wieder gebrochen.

Auch der gescheiterte SPD-Spitzenkandidat 2013, Steinbrück, hatte im Wahlkampf die Angleichung der Ost-Renten an das West-Niveau versprochen. Jetzt gibt es also wieder ein Wahlversprechen. Mehr als ein Versprechen ist es auch nicht, denn in der Bundesregierung wird darüber gestritten, wie man die Rentenangleichung finanzieren soll. Das geht nur, wenn wir endlich ein gerechtes Steuersystem durchsetzen. Reichtum muss gerecht besteuert werden und alle müssen in die Rentenkasse einzahlen. Das ist der Weg zu sicheren und gerechten Renten. GESINE LÖTZSCH



Protest der Bürgerinitiative gegen die Autobahn A 100 vor dem Bundestag.

Die manipulierte Null

Es gibt eine Richterskala für Erdbeben. Wir brauchen eine Richterskala für Skandale. Ich bin immer wieder beeindruckt, was Medien den Menschen als Skandal verkaufen und welche Skandale sie einfach nicht zur Kenntnis nehmen. Der Finanzminister hat es mit seiner „schwarzen Null“ auf fast alle Titelseiten gebracht. Er braucht zur Finanzierung der Ausgaben keine neuen Kredite aufzunehmen. Der Bundesrechnungshof sieht darin keine besondere Leistung. Er spricht in seinem jüngsten Bericht von „anstrengungsloser Verbesserung der Bundesfinanzen aufgrund fallender Zinslasten...“ Das ist ein harter Schlag für den Finanzminister. Sieht er doch die „schwarze Null“ als

Krönung seiner Karriere. Und das soll jetzt alles anstrengungslos erreicht worden sein? Ja, der Bundesrechnungshof hat Recht. Niedrige Zinsen, niedriger Wechselkurs und billiges Öl wären großartige Voraussetzungen für einen Finanzminister, eine Gerechtigkeitsoffensive zu starten. Seit 2008 haben wir wegen sinkender Zinsen rund 100 Mrd. Euro Zinszahlungen eingespart. Ich frage mich nur, warum der Finanzminister aus diesen guten Rahmenbedingungen nichts Vernünftiges gemacht hat. Im Gegenteil, er kritisiert die EU-Kommission für ihre Investitionspläne. Dabei müsste Herr Schäuble endlich einsehen, dass seine Kürzungspolitik Europa in eine schwere Krise getrieben hat.

Eine wirkliche Leistung wäre es gewesen, wenn der Finanzminister eine Steuerreform vorgelegt hätte, die mehr Gerechtigkeit in unserer Gesellschaft schafft. Es gab 2002 34 deutsche Milliardäre. 2012 waren es schon 55 Milliardäre. Gleichzeitig ist die Zahl der Menschen, die von ihrer Arbeit nicht leben können in unserem Land dramatisch angestiegen. Der Chef der Bertelsmann-Stiftung kommentierte: „Ein steigender Anteil von Menschen, die nicht von ihrer Arbeit leben können, untergräbt die Legitimität unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung.“ Das ist Ergebnis einer skandalösen Steuerpolitik. Leider liest man darüber viel zu wenig in den Zeitungen. GESINE LÖTZSCH

Der Bundeshaushalt für das Jahr 2017 ist beschlossen. Der größte Etat des Bundes bleibt der für Arbeit und Soziales. Darüber wehklagen ist beliebtes Ritual der Koalitionäre aus CDU/CSU und SPD. Doch ein genauer Blick auf die Zahlen lohnt sich. 137,6 Mrd. Euro sind für dieses größte Ressort im kommenden Jahr eingeplant. Doch zieht man die Rentenausgaben hiervon ab (98,1 Mrd. Euro), dann schmilzt dieser Etat auf ein Niveau zusammen (39,5 Mrd. Euro), das von den Ausgaben für Rüstung (nach Nato-Kriterien) locker übertroffen wird (39,7 Mrd. Euro).

Das Bundeswehrkonjunkturprogramm namens „Trendwende“ mit einem Volumen von 130 Mrd. Euro allein für neue Rüstungsgüter wurde zudem noch einmal erweitert. Kurzerhand sind fünf neue Kampfschiffe für 1,5 Mrd. Euro zusätzlich geordert worden. Dass die Kampfschiffe veraltet und Gegenstand der Kritik des Bundesrechnungshofes sind, soll eine Randnotiz bleiben. Doch die Begründung, die NATO hätte völlig überraschend vier einsatzfähige Schiffe dieses Typs von Deutschland angefordert, darf schon verwundern. Zum einen, weil die Bundeswehr bereits über fünf solcher Kampfschiffe verfügt und zum anderen, weil man erahnen kann, was das für die Zukunft bedeutet. Denn der von der derzeitigen Bundesregierung sehnlich erwartete und eifertig beantwortete Ruf der NATO nach einem stärkeren Engagement der Bundeswehr wird in Zukunft eher lauter werden. Der neue US-Präsident Trump hat bereits angekündigt, Europa bei NATO-Einsätzen stärker beteiligen zu wollen.

TINKO HEMPEL

SPRECHSTUNDE

Die Lichtenberger Bundestagsabgeordnete **Dr. Gesine Löttsch** ist erreichbar:

- Bürgerbüro, Zingster Straße 12, 13051 Berlin
- Telefon: 22 77 17 87, E-Mail: gesine.loetzsch@bundestag.de
- Bürgersprechstunde mit Dr. Gesine Löttsch:
Montag, 16. Januar, 17 Uhr
Bitte anmelden unter Telefon 99 27 07 25 oder per E-Mail gesine.loetzsch@bundestag.de.



Für das Bezirksamt einstimmig nominiert: Katrin Framke und Michael Grunst.

Michael Grunst und Katrin Framke sind für das Bezirksamt nominiert

Am 18. September haben die Wähler mit ihrer Stimme auch über die Neubesetzung des Bezirksamtes entschieden. Das bedeutet für DIE LINKE, dass sie als stärkste Fraktion das Vorschlagsrecht für das Bürgermeisteramt und einen weiteren Stadtratsposten hat.

Unsere Wahlziele waren klar formuliert: Mehr Bürgerbeteiligung, mehr bezahlbare Wohnungen und städtischer Wohnungsbau, ausreichend Kita- und Schulplätze sollen in den nächsten Jahren entstehen. Von Armut bedrohte Kinder und deren Familien müssen unterstützt, die soziale Infrastruktur gestärkt werden. Dafür brauchen wir Partner, denn trotz eines starken Wahlergebnisses sind wir auf die Zusammenarbeit mit anderen demokratischen Fraktionen angewiesen. Zusammen mit der SPD als zweitstärkste Fraktion haben wir in einer Kooperationsvereinbarung diese Handlungsziele formuliert. Personell sollen für DIE LINKE Katrin Framke als Stadträtin und Michael Grunst an der Spitze des neuen Bezirksamtes diese Ziele umsetzen. Für beide ist die Mitarbeit im Bezirksamt nicht neu: Michael Grunst, ein Lichtenberger Urgestein, bringt umfangreiche Verwaltungserfahrung mit. Zuletzt war er Stadtrat für Jugend und öffentliche Ordnung in Trow-Köpenick, weitaus größere politische Spuren hat er

jedoch in Lichtenberg hinterlassen: Hier setzte er sich als Bezirksverordneter erfolgreich für die Belange der Lichtenberger ein. So kämpfte er zusammen mit einer Bürgerinitiative gegen den Bau eines geplanten Steinkohlekraftwerkes und vertrat als Jugendpolitiker sowie Vorsitzender des Jugendhilfeausschusses die Interessen der jungen Lichtenberger. Mit Unterbrechung von Januar 2015 bis September 2016 ist er Mitglied der Bezirksverordnetenversammlung Lichtenberg und ein anerkannter Kommunalpolitiker mit politischem Weitblick.

Auch Katrin Framke ist eine erfahrene Bezirkspolitikerin. Der Weg dahin führte sie u. a. über das Abgeordnetenhaus, wo sie von 1996-2006 als Referentin für Innen- und Rechtspolitik der Linksfraktion arbeitete. Berufsbegleitend absolvierte sie von 2002 bis 2004 an der Hochschule für Verwaltung und Recht ein Studium für europäisches Verwaltungsmanagement. Von 2007 bis 2011 war sie als linke Bezirksstadträtin für Kultur und Bürgerdienste im Bezirksamt Lichtenberg tätig. Sie soll im neuen Bezirksamt die Bereiche Gesundheit, Umwelt und öffentliche Ordnung übernehmen. Michael Grunst soll die Bereiche Personal, Finanzen, Immobilien und Kultur verantworten.

NORMAN WOLF

KOMMENTAR



Danke, Evrim!

Am 17. November sollte Evrim Sommer zur Lichtenberger Bürgermeisterin gewählt werden. Unsere Fraktion hatte sie nach der Empfehlung der Hauptversammlung einstimmig nominiert. Alles kam anders. Sie erreichte in zwei Wahlgängen nicht die erforderliche Mehrheit für das Bürgermeisteramt. Mitten in die Wahlen platzte eine Meldung des Senders RBB. Darin wurde der Vorwurf laut, Evrim Sommer habe im Handbuch des Abgeordnetenhauses angegeben über einen Hochschulab-

Für ihr antifaschistisches und feministisches Engagement erwarb sich Evrim Sommer berlinweit einen Namen.

schluss zu verfügen, den sie noch gar nicht hatte. Auch wenn der Vorwurf ausgeräumt werden konnte, rückte ihre politische Laufbahn gänzlich in den Hintergrund:

Evrim Sommer war 17 Jahre Mitglied des Abgeordnetenhauses, saß u. a. im Präsidium desselben. Sie machte sich dort für Frauenrechte stark und sagte auf der Straße Nazis den Kampf an, bekam sogar Morddrohungen dafür. Für ihr antifaschistisches und feministisches Engagement erwarb sie sich berlinweit einen Namen. Evrim Sommer bekam in dieser Zeit ihre Tochter und arbeitete vor ihrer politischen Laufbahn als Übersetzerin, u. a. beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Neben ihrer Arbeit als Abgeordnete und Mutter studierte sie Geschichte und Geschlechterstudien an der Humboldt-Universität im Rahmen eines Teilzeitstudiums. Auf all das kann sie sehr stolz sein. Sie löste für sich den vermeintlichen Widerspruch zwischen beruflichem Weiterkommen und Familienplanung auf und suchte nach einer neuen Herausforderung in der Bezirkspolitik. Zusammen mit Michael Grunst holte sie am 18. September nach einem kräftezehrenden Wahlkampf das Bürgermeisteramt für DIE LINKE zurück, das wir 5 Jahre zuvor an die SPD verloren hatten. Bürgermeisterin ist sie nicht geworden und dennoch gebührt ihr der Dank der Fraktion, als Spitzenkandidatin für eine starke Linke erfolgreich gekämpft zu haben.

NORMAN WOLF

Mangelnde verkehrliche Erschließung

Die Nachverdichtung in der Paul-Zobel-Straße 10 bleibt ein Streitpunkt in der Bezirks- und Landespolitik. Zur Erinnerung: Die HOWOGE möchte auf diesem Grundstück einen 8-geschossigen Wohnblock mit einer Kita errichten. Eine Anwohnerinitiative wehrt sich dagegen. Zum einen, weil sie nur unzureichend informiert und einbezogen wurden. Zum anderen, weil dieses Bauvorhaben zu einer Verschattung, einem noch höheren Parkplatzdruck und einem Wegfall der Grünfläche führen würde. Dieses Grundstück wird in der Bereichsentwicklungsplanung seit 2005 nämlich als Grünfläche ausgewiesen. Weil es aber für das Gebiet keinen Bebauungsplan gibt, darf hier dennoch gebaut werden – und das möchte die HOWOGE mit aller Macht erreichen.

Eigentlich hätte die Baugenehmigung bereits im Oktober erteilt werden sollen. Ich wollte mir von dem gesamten Vorgang ein genaues Bild machen und beantragte am 4.11. Akteneinsicht beim Bezirksamt. Diese ergab überraschender Weise, dass das Bezirksamt die eingereichten Bauunterlagen zurückgewiesen hatte. Ein wichtiges Argument war, dass die verkehrliche Erschließung nicht gegeben sei. Auch werden „die Anforderungen an gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse unzureichend gewahrt“. Damit gibt das Bezirksamt der Anwohnerinitiative im Kern Recht.



Ist das Projekt deswegen gestorben? Nein, leider nicht. Die HOWOGE hat dem Vernehmen nach den Bauantrag überarbeitet. Das Bezirksamt prüft derzeit, ob das Vorhaben jetzt genehmigungsfähig ist. Wir bleiben an dem Fall dran. Für uns ist diese Form der Nachverdichtung falsch. In einer Stadt muss man nicht nur wohnen, sondern auch leben können.

SEBASTIAN SCHLÜSSELBURG, MdA

Keine Idee für das Hubertusbad?



Blick in das Denkmal. In Zukunft ein Ort für Kunst und Kultur?

Vor fünf Jahren sollte das Licht angemacht werden, es war Wahlkampf, danach gab es mit Forderungen verzierte Badeszenen „Protestplanchen“ und einen Einwohnerantrag.

Nun sind also fünf Jahre um und scheinbar ist nichts passiert. Oder doch? Ein „Wettbewerbliches Dialogverfahren über den Verkauf und die künftige Nutzung des Stadtbades“ wurde angeschoben. Und das hatte auch über Monate gute Ergebnisse. Hinten raus ist's schwieriger geworden, so dass der versammelte Sachverstand entschieden hat, das Verfahren zu beenden.

Ich meine und das „alte“ Bezirksamt hat nun so beschlossen, es müssen grundsätzliche Entscheidungen zur Rolle Berlins bei der Rettung des Denkmals neu getroffen werden. Die Stadt wird sich nicht allein auf privates Engagement verlassen können, wenn es das Bad als Denkmal erhalten will. Da wird Berlin selber etwas dazu tun müssen.

Der Senat ist aufgefordert, die Nutzung des Stadtbades Lichtenberg in Verantwortung des Landes Berlin zu konzipieren und zu organisieren. Dazu soll ein Projektmanagement, ggf. gestützt auf Mittel der Städtebauförderung, des Denkmalschutzes

bzw. der Wirtschaftsförderung, beim Gebietsbeauftragten des Sanierungs- und Stadtumbaugebietes FAN installiert und es sollen Mittel zum Erhalt der Substanz bereitgestellt werden.

Eine erneute Ausschreibung ohne konzeptionelle und organisatorische Begleitung scheint zum Scheitern verurteilt. Denkbar sind aber vielfältige Zwischennutzungen, die verbunden mit transparenter konzeptioneller Arbeit, zu langfristig tragfähigen Konzepten führen können. Weil der Erhalt des denkmalgeschützten Gebäudes weiter im Vordergrund steht, sollte aber auch die Illusion, dass über kurz oder lang hier wieder ein Bad entsteht, nicht genährt werden. Das glaube ich nicht und ich lass mich nur überzeugen, wenn der Investor dafür auf der Matte steht. Besser scheint mir, das Denkmal als solches für vielfältige öffentliche Zwecke, für Kunst und Kultur, gern auch mit ordentlicher Gastronomie zu entwickeln.

ANDREAS PRÜFER

Das ehemalige Stadtbad Lichtenberg (Hubertusbad) ist ein besonderes Bauwerk. Es wurde 1928 eröffnet – ein einzigartiges Zeugnis expressionistischer Architektur. Vieles von der ursprünglichen Innengestaltung, angefangen bei den türkisgrünen Kacheln bis hin zu den hölzernen Garderobenschranken, ist noch erhalten geblieben. Für etliche Lichtenberger und Lichtenbergerinnen ist das Stadtbad ein Teil ihrer Kindheit. Vor 25 Jahren schloss es. Seitdem verfällt das denkmalgeschützte Gebäude zusehends.

Das Dolgensee-Center. Bürger wollen mitreden

Das Dolgensee-Center hat schon bessere Tage gesehen. Seit vielen Jahren dümpelt es vor sich hin. Aus manchen Investorenplänen wurde nichts. Nun steht das Gebiet wieder im Fokus öffentlicher Diskussion. Im Mai 2016 nahm die Bezirksverordnetenversammlung die Absicht zur Kenntnis, dass ein neuer Bebauungsplan aufgestellt werden soll. Im September lag der Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan 11-120 VE vor. Bereits im Vorfeld informierte der Investor über seine Absichten. Die stark besuchte und turbulente Anwohnerversammlung zeigte, die meisten freuen sich über die Aufwertung ihres Quar-

tiers, haben aber Bedenken gegen die Dichte der Bebauung. Das Bezirksamt sicherte zu, dass die dort geäußerten Einwände und Stellungnahmen in die Abwägung einbezogen werden.

DIE LINKE hat sich mehrmals mit Anwohnern getroffen und ihre Anliegen angehört. Klar ist, die Anwohner wollen bei der Aufstellung des Bebauungsplans mitreden. Dies können sie zwar im Rahmen der gesetzlich garantierten Beteiligungsverfahren. Besser wäre jedoch eine Plattform für einen Dialog. Vorgeschlagen war eine Planungswerkstatt. Diese Idee ist dem Investor übermittelt worden, stieß bei ihm jedoch bisher nicht auf Zustim-

mung. Nun haben wir aber noch andere Möglichkeiten. Auch ein Beirat könnte das Vorhaben im Quartier begleiten. An anderen Stellen gab und gibt es mit solchen Gremien bereits gute Erfahrungen. Die Befürchtung, das Verfahren könnte verzögert werden, ist unbegründet. Die eigentliche Verzögerung für eine zügige Bearbeitung und Realisierung von Bauvorhaben entsteht, wenn auftretende Probleme nicht im Vorfeld diskutiert werden.

Gute Kompromisse kennen keine Verlierer. Es erwachsen vielmehr akzeptierte Lösungen.

JÜRGEN HOFMANN

Fraktionsklausur im Café Maggie



Zum Abschied überreichte Fraktionsvorsitzender Daniel Tietze dem scheidenden Stadtrat Andreas Prüfer eine Flasche Rum „el presidente“, in Anlehnung an seine Präsidentschaft des Sportvereins Lichtenberg 47.

Mit guter Laune und langen Gesprächen startete die neue BVV-Fraktion in die Wahlperiode. Nachdem sich die Fraktion in vorhergegangenen Sitzungen durch Konstituierung und Wahl des Fraktionsvorstands bereits eine

Gestalt gegeben hatte, stand nun das Kennenlernen und der lockere Er-

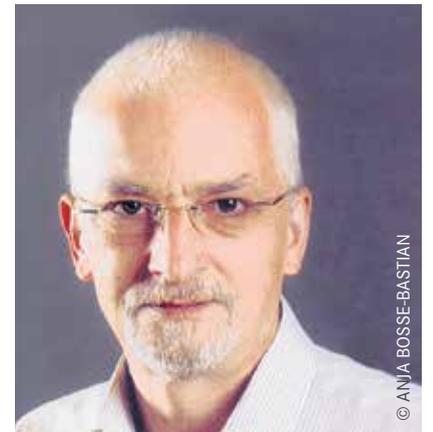
fahrungsaustausch im Vordergrund. Dazu waren auch die Mitglieder der „alten“ Fraktion sowie die Bürgerdeputierten der letzten Wahlperiode gekommen. Gemeinsam ließen wir die vergangenen fünf Jahre Revue passieren und schmiedeten Pläne für die Zukunft.

Schließlich wurden die Mitglieder der vorangegangenen Fraktion Tatjana Behrend, Maja-Helen Feustel, Peter Fischer, Janneh Magdo, Dr. Manfred Meineke, Silke Mock, Dagmar Müller, Anja Paasch, Uwe Schwenzer, Katja Seidel, Birgit Stenzel, Petra Weitling und Hendrikje Klein verabschiedet und ihr kommunalpolitisches Engagement gewürdigt. Der alte und neue Fraktionsvorsitzende Daniel Tietze zeichnete ihren politischen Werdegang nach und fand auch persönliche Worte. Besondere Anerkennung wurde dabei unserem scheidenden Stadtrat Dr. Andreas Prüfer, sowie den Fraktionsvorsitzenden der vergangenen Wahlperiode Hendrikje Klein und Christian Petermann zu Teil.

Glücklicherweise werden einige der ehemaligen Bezirksverordneten der Fraktion als Bürgerdeputierte erhalten bleiben. Als neugewählter Bezirksverordneter bin ich besonders dankbar, auf ihre Erfahrung und Unterstützung bauen zu können.

Der alte und neue Fraktionsgeschäftsführer Norman Wolf gab ihnen dennoch schon einmal ein Erinnerungstück mit auf den Weg – ein Foto der Fraktion als Puzzle-Spiel. Ob die Teile der neuen Fraktion in den nächsten fünf Jahren wieder so gut zusammenpassen und ein ansehnliches Ganzes ergeben, müssen wir nun unter Beweis stellen.

ANTONIO LEONHARDT



Der Doyen der Berliner BVV-Vorsteher

Am 27. Oktober 2016 wurde Rainer Bosse mit großer Mehrheit von den Bezirksverordneten zum Vorsteher der Bezirksverordnetenversammlung Lichtenberg der VIII. Legislaturperiode gewählt. Das erste Mal wählte ihn die BVV Lichtenberg 1992 in dieses Amt, das er seitdem in allen folgenden Wahlperioden ausgeübt hat. Rainer Bosse ist somit der Doyen der Berliner BVV-Vorsteher.

Viele schätzen an Rainer seine ruhige und besonnene Art, die mit Sachkunde gepaart ist. Besonders wenn es im Bezirksparlament lebhaft zugeht, sei es in der Einwohnerfragestunde oder in der Debatte selbst, versteht er es die Wogen zu glätten. Trotz dieses überparteilichen Amtes hat Rainer immer engen Kontakt zur Parteibasis. In seinem Kiez am Fennpfuhl ist er bekannt und geachtet, ein Ansprechpartner für die Sorgen und Nöte seiner Mitbewohner. Wir wünschen Rainer für seine kommunalpolitische Arbeit viel Erfolg. DANIELA FUCHS

Kleine Hilfen für die größte Not

Früher unter MUT bekannt, und heute vom Humanistischen Verband (HVD) betrieben, kümmert sich die Tagesstätte in der Weitlingsstraße 11 um obdachlose und bedürftige Menschen. „Viele Kunden kommen seit

Jahren zu uns“, erklärt uns die Leiterin, Natascha Jaeger. Ihr stehen eine Ärztin, Köchin und Krankenschwester und viele andere Helfer zur Seite. Sie fangen Menschen auf, die ganz unten stehen.

Dringende medizinische Hilfe, eine Mahlzeit, die Ausstattung mit dem Nötigsten oder manchmal auch nur ein Gespräch helfen dabei, die größte Not zu lindern. Schlafplätze bietet der HVD hier nicht an, Wohnungslose werden in Einrichtungen vermittelt. Der Großteil aller Hilfesuchenden ist zwischen 40 und 50 Jahre alt, auch der Anteil älterer Menschen wird immer größer. Altersarmut ist ein Problem. Trotz einer staatlichen Finanzierung ist der Verband auf Spenden angewiesen. Einen kleinen Beitrag hat unsere Fraktion zusammen mit Hendrikje Klein, direkt gewählte Abgeordnete im Wahlkreis 5, geleistet. Zwei Tüten mit Kleiderspenden und einen Scheck über 100 Euro hatten wir zum Besuch bei Natascha Jaeger mitgebracht. Weitere Spenden sind willkommen. NORMAN WOLF



Männerkleidung und einen Scheck über 100 Euro spendeten Hendrikje Klein (direkt gewählte Abgeordnete), Norman Wolf, Fraktionsgeschäftsführer, die Bezirksverordnete Claudia Engelmann und Daniela Fuchs an die Einrichtung.

Bankverbindung:

Bank für Sozialwirtschaft,
BLZ 100 205 00,
Kto-Nr.: 313 5443,

Stichwort: Versorgung von Wohnungslosen und Bedürftigen. Gern können auch Sachspenden, vor allem Männerkleidung, direkt vor Ort abgegeben werden.

Sozialarbeiterin und Hobby-Gärtnerin Natascha Jaeger



Zur Tagesstätte des HVD in der Weitlingstraße 11, die von Natascha Jaeger geleitet wird, gehört eine moderne Küche.

Ein nebliger Novembertag mit Temperaturen um den Gefrierpunkt. Eine eingemummelte Gestalt schiebt an der Scaterbahn in unmittelbarer Nähe zum Bahnhof Lichtenberg zwei gefüllte Einkaufswagen mit ihren gesamten Habseligkeiten. Der Bahnhofsvorplatz ist ein bevorzugter Treffpunkt für Obdachlose, Trinker und andere, die am Rande der Gesellschaft leben. Hilfe für diese Menschen bietet das in unmittelbarer Nähe liegende Haus in der Weitlingstraße 11. Hier befindet sich der Tagestreff für Wohnungslose und Bedürftige in der Trägerschaft des Humanistischen Verbandes Berlin-Brandenburg.

Im Haus herrscht rege Betriebsamkeit. Beim Arzt ist Sprechstunde. Zwei Polen wollen zur Kleiderkammer. Mittagessen wird vorbereitet. Eine Frau bringt einen Karton mit Schokoladenweihnachtsmännern. Sozialberatung bietet Natascha Jaeger an. Die 41-Jährige ist zugleich Leiterin der Einrichtung. Seit Mai 2016 ist sie hier und macht ihre Arbeit gern. Die schlanke, sportliche, junge Frau kann schon auf einige Jahre beruflicher Erfahrung zurückblicken. Sie stammt aus Köln und hat an der dortigen Fachhochschule Sozialarbeit studiert.

Von 2003 bis 2015 war sie in Berlin bei einem Träger in der Straßensozialarbeit tätig. Zu ihren Aufgaben gehörte, Jugendliche von der Straße zu holen und sie ihren Familien zurückzubringen oder sie in Jugendeinrichtungen zu vermitteln. Frau Jaeger sammelte auch Erfahrungen in der Kinder- und Jugendpsychiatrie. Doch die Sozialarbeit liegt ihr mehr, obwohl es meistens keine schnellen Lösungen gibt. Oft sind es längere Prozesse, die manchmal zum Erfolg führen. Es gibt Obdachlose, die auf der Straße leben und Wohnungslose, die in Wohnheimen untergebracht sind. Dieses Leben hinterlässt Spuren an Körper und Seele. Da heißt es, Hilfe beim Herstellen von Kontakten zu Behörden geben, Unterstützung beim Schriftverkehr leisten oder Angebote zur Selbsthilfe zu vermitteln. Auch die Suchtberatung gehört dazu. Frau Jaeger freut sich über jeden, der wieder Leistungen erhält und eine Perspektive im Leben sieht. Glücklicherweise ist sie darüber, dass sie einen verzweiferten „Klienten“ vor dem Selbstmord bewahren konnte und der ihr heute noch dankbar ist.

Die Arbeit mit Menschen, die am Rande der Gesellschaft leben, erfor-

dert Empathie, aber auch die Fähigkeit abschalten zu können. Natascha Jaeger hat gelernt, die Arbeit nicht mit nach Hause zu nehmen, sie strikt vom Privaten zu trennen. Die Sozialarbeiterin ist begeisterte Hobby-Gärtnerin. Bei der Gartenarbeit in ihrer Kleingartenanlage in der Nähe ihrer Wohnung kann sie entspannen. Auch ihre beiden kleinen Kinder fühlen sich dort wohl. Frau Jaeger hat klare Forderungen an die Politik. An erster Stelle steht die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum. Es wird zunehmend schwerer, Menschen aus Wohnheimen in Wohnungen unterzubringen. Schlimmstenfalls landen diese dann wieder auf der Straße. Auch muss eine Lösung gefunden werden, Menschen aus Osteuropa, die hier kein Anrecht auf medizinische Betreuung haben, ausreichend ärztlich versorgen zu können. Wichtig ist auch die Bereitstellung von mehr Notunterkünften, besonders für Frauen, die oft der Gewalt ausgesetzt sind. Sie befürchtet auch, dass die zunehmende Altersarmut zu Wohnungslosigkeit führen wird. Bei der Lösung dieser Aufgaben ist die neue rot-rot-grüne Regierung in Berlin gefragt.

DANIELA FUCHS

WANN UND WO

Einladung zum Weihnachtssingen

- Montag, 19. Dezember, 17 Uhr,
Verein für ambulante Versorgung,
Ribnitzer Straße 1b, 13051 Berlin



Die Fraktion DIE LINKE in der BVV Lichtenberg lädt auch in diesem Jahr wieder zum traditionellen Weihnachtssingen für die ganze Familie ein. Kommen Sie mit unseren Verordneten ins Gespräch, z. B. zu Anliegen rund um Ihren Kiez. Gerne kümmern wir uns darum.

Chorgesang sorgt für die musikalische Begleitung. Gemeinsam mit Ihnen möchten wir 2016 Revue passieren lassen und weihnachtlich feiern. Mit Stockbrot am Feuer und Soljanka ist auch für das leibliche Wohl gesorgt.

- Anmeldung unter
fraktion@die-linke-lichtenberg.de

IMPRESSUM



Herausgeber:

DIE LINKE in der BVV Lichtenberg
V.i.S.d.P. Daniel Tietze
(Fraktionsvorsitzender)

Adresse der Redaktion:

Möllendorffstraße 6, 10367 Berlin

E-Mail: fraktion@die-linke-lichtenberg.de

Web: www.linksfraktion-lichtenberg.de

Telefon: (030) 90 296 31 20

Fax: (030) 55 92 307

Redaktionsschluss:

28. November 2016

Gestaltung: Uta Tietze

Druck: BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH

Ein Burkaverbot ist verfassungswidrig, rassistisch und politisch dumm

Alter Wein in neuen Schläuchen. So lässt sich die aktuelle Diskussion um ein allgemeines Vollverschleierungsverbot auch zusammenfassen. Bereits im Jahr 2010 schlugen einige Unionspolitiker vor, ein gesetzliches Burkaverbot zu erlassen. Heute ist es vor allem die sogenannte „Alternative für Deutschland“, die mit diesem Thema auf Stimmenfang geht.

Auf der zweiten Plenartagung des neu gewählten Abgeordnetenhauses legte ich in meiner ersten Rede vor dem hohen Haus für DIE LINKE dar, warum ein Burkaverbot verfassungswidrig, rassistisch und obenrein auch noch politisch dumm ist: Warum ist dieser Antrag verfassungs-

widrig? Ganz einfach. Er verstößt gegen Artikel 4 Grundgesetz, also die Glaubens- und Religionsfreiheit sowie das staatliche Neutralitätsgebot. Warum ist das so? Weil die Religions- und Glaubensfreiheit ein vorbehaltlos geschütztes Grundrecht ist. In sie darf nur eingegriffen werden – und auch das nur schonend – wenn und soweit andere Grundrechte oder Güter von Verfassungsrang betroffen sind. Die vorgebrachten Argumente, der Schutz der Frauen oder die negative Religionsfreiheit, rechtfertigen einen solchen Eingriff nicht.

Warum ist ein Burkaverbot rassistisch? Von ihm wären fast ausschließlich Frauen islamischen Glaubens

mit Migrationshintergrund betroffen. Natürlich wird es einige Frauen geben, die sich nicht freiwillig verhüllen. Diesen Frauen müssen wir helfen. Das tun wir aber nicht durch ein Verbot.

Im Gegenteil: So ein Verbot wäre politisch dumm, weil es religiösen Fundamentalisten den Beweis liefern würde, dass unser Staat bestimmte Religionen privilegieren und andere diskriminieren würde. Die Folge wäre wachsender Hass und die Preisgabe unserer liberalen Gesellschaft. Die AfD sollte endlich einmal unsere Grundrechte verinnerlichen. Ich habe ihnen deswegen am Ende meiner Rede ein Grundgesetz geschenkt.

SEBASTIAN SCHLÜSSELBURG, MdA

Nach der Wahl in New York City

Die Ergebnisse der US-Wahlen prägten das Bild der Nachrichten in den letzten Wochen. Ich habe die Wahl und die Tage danach in New York City erlebt. New York ist ein eher blauer (Clinton) Staat und der Wahlabend selbst war für viele New Yorker ein Desaster. Menschen weinten, riefen Verwandte an – schon am Tag danach wurden Demonstrationen geplant und durchgeführt, man traf sich zu Gesprächen, um neue Strategien zu entwickeln oder sich zu beruhigen, Hoffnung zuzusprechen. Trumps Wahlkampf war aggressiv, beleidig-

gend, rassistisch und sexistisch. Viele Menschen mit Migrationshintergrund, Frauen, Demokraten haben Angst, wie es wohl weitergehen wird. Auch die Nominierungen für seine Mitarbeiter beruhigen die Situation nicht. Die Hoffnung ist, dass Rechtsstaatlichkeit ihn daran hindern wird, Massenabschiebungen durchzuführen. Gleichzeitig versucht man nach außen deutlich zu machen, dass man sich mit seiner Wahl nicht zufrieden gibt und sexistische und rassistische Übergriffe verhindern wird. Hinzukommt, dass Hillary Clinton mehr Stimmen bekom-

men hat. Selbst meine Yogastunde in Brooklyn begann mit ein paar Sätzen zu Trump und wie wir gemeinsam mit der Situation fertig werden können und damit, dass wir uns gegenseitig unterstützen müssen. Es ist überall Thema und wird es auch noch eine Weile bleiben. Die Menschen sind verängstigt und verunsichert. Ich hoffe sehr, dass die Menschen in New York und anderswo in den USA ihren Aktivismus behalten und auch in einem Jahr noch laut auf die Straße gehen, um auf Missstände aufmerksam zu machen.

ANIKA TASCHKE



Anika Taschke arbeitet für ein Vierteljahr bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung in New York.

Kaum ein Durchkommen

gab es rund ums Lichtenberger Rathaus am 27. November. Mit dem traditionellen Lichtenberger Lichtermarkt öffnete am 1. Adventssonntag die „Weihnachtsmarktsaison“ des Bezirks.

Gleich zwei Weihnachtsmärkte luden am 2. Adventswochenende in Karlshorst sowie in der Naturschutzstation Malchow zu einem Bummel ein.



Überraschend auf dem Lichtermarkt:

ein Bischof, wahrscheinlich war es Nikolaus. Er knüpfte an Nikolaus von Myra an, der im 4. Jahrhundert als Bischof in der heutigen Türkei lebte. Legenden erzählen von seiner Nächstenliebe und vom selbstlosen Schenken und Teilen. Seine Kennzeichen: Mitra, Bischofsstab, Priestergewand und Ring. Sein Feiertag ist der 6. Dezember.

Auf dem Johannes-Fest-Platz wurde unter dem Motto „Die Welt zuhause in Karlshorst“ zu einem abwechslungsreichen Angebot an weihnachtlichen und internationalen Köstlichkeiten und Einblicken in die Weihnachts- und Festbräuche anderer Kulturen eingeladen.

Wärmendes für Leib und Seele bot das hofeigene Storchencafé in der Naturschutzstation Malchow an. Nach einer geführten Wanderung des Umweltbüros Lichtenberg konnten sich Groß und Klein beim Plätzchenbacken aufwärmen und vorweihnachtlichen Gerüchen und vorgelesenen Geschichten hingeben. Hoch frequentiert waren der NaturHofladen und der Alte Stall, in dem u. a. Bienenwachskerzen und andere Aufmerksamkeiten selbst hergestellt werden konnten. Schon am 1. Dezember hatten die Kleinsten im Kindergarten „Endeckerland“ in der Otto-Marquardt-Straße 2-4 ihren eigenen Weihnachtsmarkt gestaltet.

Die weniger auf Kommerz denn auf soziale Empathie ausgerichteten Angebote in Lichtenberg finden besonders in den Veranstaltungen des Lebendigen Lichtenberger Kalenders ihren Ausdruck. (Lesen Sie auch S. 8)

JOACHIM PAMPEL

Der neue Bezirksvorstand



GESINE LÖTZSCH



JULIA MÜLLER



CHRISTIAN PETERMANN



SEBASTIAN SCHLÜSSELBURG



HENDRIKJE KLEIN



DAGMAR MÜLLER



SABINE PÖHL



ANDREA SCHACHT



WOLFGANG SCHMIDT



MICHAEL STADLER



DANIEL TIETZE



PETRA THORAK



ROMAN VERESSOV



PETRA WEITLING



NORMAN WOLF



HARTMUT ZICK

Zurück in die Zukunft

Hinter dem Bezirksverband Lichtenberg liegen turbulente Zeiten und eine Reihe von unangenehmen und durchaus auch traurigen Ereignissen. Von den Skandalmeldungen des rbb und anderen Medienvertretern vom 17. 11. in der Bezirksverordnetenversammlung, über die Nicht-Wahl Evrim Sommers, bis hin zu ihrem Rücktritt von der Kandidatur und Bezirksvorsitz. Wir alle bedauern die Geschehnisse sehr und wünschen Evrim Sommer für die Zukunft alles Gute und viel Kraft. Am 26. 11. traf sich die Hauptversammlung

der Linken in Lichtenberg. Zum einen, um der Fraktion in der BVV eine Empfehlung für das Amt des Bezirksbürgermeisters sowie das Amt der Stadträtin abzugeben, zum anderen, um einen neuen Bezirksvorstand zu wählen. Auf der Versammlung selbst wurde sich in der Generaldebatte intensiv zu den eingangs genannten Prozessen auseinandergesetzt. Zu Beginn informierte Gesine Löttsch über die Ergebnisse der Personalfindungsgruppe. Es ist ein logischer Schritt, Michael Grunst als Bürgermeister zu nominieren. Dieser

hat bereits Erfahrungen als Stadtrat im Nachbarbezirk Treptow-Köpenick sammeln können. Selbige Erfahrungen kann auch Katrin Framke aufweisen. Sie war jahrelang Stadträtin für Kultur und Bürgerdienste und soll nun erneut für dieses Amt ins Rennen geschickt werden. Die Hauptversammlung empfiehlt der Fraktion DIE LINKE in der BVV mit über 85% der Stimmen beide Vorschläge zu nominieren.

Weiterhin wurde ein neuer Bezirksvorstand gewählt. Neue Vorsitzende mit 90% der Stimmen ist Gesine

Löttsch. Ihre Stellvertreter sind Julia Müller, Christian Petermann und Sebastian Schlüsselburg. Als weitere Mitglieder wurden in den Bezirksvorstand Hendrikje Klein, Dagmar Müller, Sabine Pöhl, Andrea Schacht, Petra Thorak, Petra Weitling, Wolfgang Schmidt, Michael Stadler, Daniel Tietze, Roman Veressov, Norman Wolf und Hartmut Zick gewählt. Meinen Glückwunsch an alle Gewählten. Mögen wieder die besten Ideen, Projekte und Ziele im Vordergrund unserer politischen Arbeit stehen.

JULIA MÜLLER

Solidarisch geht es besser



MIT RAT & TAT



Gesine Lötzsch im Berliner Straßenwahlkampf im Gespräch mit einer Bürgerin.

Unsere Bezirksvorsitzende ist neu, aber beileibe kein Neuling. Sie bedarf eigentlich keiner Vorstellung mehr, wir alle kennen Dr. Gesine Lötzsch, ihre Arbeit, Kompetenzen und Positionen, ihr Engagement und ihre Verdienste.

Die promovierte Philologin war von 1991 bis 2002 Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin und von 2010 bis 2012 Bundesvorsitzende

der Partei DIE LINKE. Seit 2002 ist sie vier Mal direkt in den Deutschen Bundestag gewählt worden und hat dort seit knapp drei Jahren den Vorsitz des Haushaltsausschusses inne. Bereits von 1994 bis 2012 hat Gesine Lötzsch das Amt der Bezirksvorsitzenden bekleidet und ist damit zweifellos eine der prägenden Figuren der Lichtenberger LINKEN. In diesen 18 Jahren waren zahlreiche Herausforderungen zu bewältigen, darunter

insbesondere die schwierige Phase des Fusionsprozesses der Bezirke Lichtenberg und Hohenschönhausen.

In der kritischen Lage, in der sich die LINKE. Lichtenberg seit einiger Zeit befindet, hat sich Gesine Lötzsch nun bereit erklärt, den Bezirksverband durch die nächsten zwei Jahre zu führen und die notwendigen politischen und strukturellen Weichenstellungen für die Zukunft vorzunehmen. Zusammen mit dem neuen Bezirksvorstand will sie dazu stärker auf Zusammenhalt, sachliche Auseinandersetzung und eine Kultur des Miteinanders hinwirken. Ihr Motto: Solidarisch geht es besser.

Darüber hinaus hat Gesine Lötzsch aber auch ganz konkrete Veränderungen in der Arbeitsweise des Bezirksvorstands angekündigt, so soll es neben konstruktiven Diskussionen auch mehr feste Zuständigkeiten geben.

Für die Umsetzung dieser Ziele erhielt sie am Sonnabend starke Unterstützung von der Hauptversammlung. Sie wurde mit einem hervorragenden Ergebnis von 90 Prozent ins Amt gewählt hat. ROMAN VERESSOV

TERMINE

- **16.12., 17 Uhr,** Bezirksvorstandssitzung, Alfred-Kowalke-Str. 14,
- **10./11.12., 10 Uhr,** 1. Tagung des 6. Landesparteitages der LINKEN. Berlin mit Wahl des Landesvorstandes, WISTA-Veranstaltungszentrum Adlershof, Rudower Chaussee 17
- **16.12. (Beginn: 16 Uhr) - 18.12. (Ende: 13 Uhr),** Berliner Congress Center am Alexanderplatz. BesucherInnen sind auf dem „Kongress der Europäischen LINKEN“ herzlich willkommen. Es gibt die Möglichkeit, den Kongress in einem Besucherraum per Livestream zu verfolgen, sich an den Ständen über die EL-Parteien und nahestehende Organisationen zu informieren.

SPRECHSTUNDEN

- **Ines Schmidt, MdA, WK 1,** 14.12., 16-18 Uhr, Wahlkreisbüro Zingster Str. 12, 13051 Berlin, fon 960 63 12
- **Infostand mit Kaffee, Punsch & Spekulatius,** 17.12., 10-12 Uhr, Ladenzeile Grevesmühlener Str. 20-26
- **Marion Platta, MdA, WK 3,** 14.12., 17-19 Uhr, Abgeordnetenbüro Marion Platta (Polikum), Franz-Jacob-Str. 10, 10369 Berlin, fon 97 999 643

Auf zu Rosa und Karl

Am 15. Januar werden wieder Tausende nach Friedrichsfelde strömen, um Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht zu gedenken. Die Ehrung der Märtyrer der sozialistischen Bewegung hat eine lange Tradition. Sie reicht zurück in das Jahr 1919 als unter großer Anteilnahme der Berliner Bevölkerung der ermordete Karl Liebknecht und weitere Opfer der Januarkämpfe zu Grabe getragen wurden. Für Rosa Luxemburg konnte nur ein leerer Sarg mitgeführt werden. Ihre Leiche wurde erst Monate später gefunden. Seitdem nutzen Jahr für Jahr Tausende den Gang an die Gräber, um ihren Respekt für beide und ihre Verbundenheit mit deren Idealen zu demonstrieren. Lediglich in den Jahren der Nazidiktatur war dies nicht möglich. Das Revolutionsdenkmal von Ludwig Mies van der Rohe wurde abgerissen und die Gräber eingeebnet.

Im Januar 1946 lebte die Tradition erneut auf. Seit 1951 führt die Demonstration zur Gedenkstätte der Sozialisten im vorderen Teil des Friedhofs. Die gemeinsame Ehrung der „Helden des revolutionären Kampfes“ und „der alten sozialistischen Führer



Schweigendes Gedenken auf dem Friedhof der Sozialisten im Januar 2016.

der deutschen Arbeiterbewegung“ sollte künftig im Mittelpunkt stehen. Mit den Jahren mutierte die traditionelle Januardemonstration zu Karl und Rosa jedoch immer mehr zu einem Ritual der Selbstinszenierung der SED-Führung.

Die im Umbruch befindliche SED-PDS entschied sich deshalb im Dezember 1989 zu einem „Stillen Ge-

denken“ aufzurufen. Seitdem folgen Jahr für Jahr Zehntausende dieser Aufforderung. Ihr politisches Spektrum reicht weit über das der Nachfolgepartei der SED hinaus. Inzwischen gehört auch eine Demonstration linker Gruppen wieder zum Januar. Entgegen verschiedener Unkenrufe bleibt die Ehrung in Friedrichsfelde ein eindrucksvolles Willensbekenntnis, dass eine andere Welt möglich ist. JÜRGEN HOFMANN

DIE LINKE.

Geschäftszeiten:

Die **Geschäftsstelle** der LINKEN in der Alfred-Kowalke-Str.14, 10315 Berlin **hat wie folgt geöffnet:**

- montags 10 -16 Uhr,
- dienstags 13 -17 Uhr,
- donnerstags 13 -19 Uhr.

Außerhalb dieser Zeiten sind wir in der Regel nur nach telefonischer Vereinbarung erreichbar. Am 19.12. und ab 23.12. bis zum 9.1.2017 **kein Geschäftsbetrieb.**

Geschäftsstellenleiterin:

Marina Richter-Kastschajewa

- Telefon: 030 512 20 47
- info@die-linke-lichtenberg.de

Lichtenbergs Adventskalender

In Lichtenbergs Norden öffnet sich in der Adventszeit täglich eine Tür, hinter der immer eine andere Überraschung wartet. Der lebendige Adventskalender sorgt bereits zum vierten Mal für weihnachtliche Stimmung in Alt-Lichtenberg, Fennpfuhl, Frankfurter Allee Süd. „Gefüllt“ wird der Kalender gemeinsam vom Stadtteilzentrum Lichtenberg Nord sowie freien, öffentlichen und kirchlichen Trägern. „Mit dem lebendigen Adventskalender wollen wir die Türen der Einrichtungen in der Region weit öffnen und so Projekte, Träger und Institutionen alten und neuen BewohnerInnen der Kieze näher bringen“, sagt Stadtteilmanagerin Daniela Dahlke vom Stadtteilzentrum Lichtenberg Nord. An das „Türchen öffnen“ aus Kindertagen anknüpfend, laden die Einrichtungen der drei Stadtteile zu gemütlichem Beisammensein, Adventsbasteln und Plätzchenbacken, Lesungen und Theateraufführungen ein. Besonders legt Daniela Dahlke den Lichtenbergern den Familiennachmittag in der Koptischen Kirche am 11.12. ans Herz. Ab 15 Uhr beginnt hier ein Weihnachtskonzert für die ganze Familie mit dem Chor der Schostakowitsch Musikschule und Lukas Natschinski und Band. Wer Adventsmusik für Trompete und Orgel bevorzugt, kann am Tag zuvor in der Alten Pfarrkirche am Loeperplatz ab 16 Uhr auf seine Kosten kommen. Die „vegetarische Weihnachtsgans-Lesung“ bietet der Frauentreff Alt Lichtenberg in der UNDINE, Hagenstr. 57 am 19.12., 15 Uhr an. Eine besonders Attraktion offeriert die Agrarbörse im Landschaftspark Herzberge: Am 12.12., 10-12 Uhr kann die Schafherde besucht werden. JOACHIM PAMPEL



AUSSTELLUNG

- Dienstag, 13.12., 17 Uhr**
Eröffnung: „Unverstellt – Mitten-drin im Kiez“, Jaqueline Gossow: Fotografien und Drucke, Rathaus Lichtenberg, Möllendorffstr. 6,
- Donnerstag, 22.12., 19 Uhr**
Eröffnung: Elke Pollak, Malerei Kulturhaus Karlshorst, Treskowallee 12, bis 29.1.2017

LESUNG

- Freitag, 16.12., 19 Uhr**
„Kaminfeuer“ – Klaus Feldtmann mit heiter besinnlichen Geschichten, Anna-Seghers-Bibliothek, Prerower Pl- 2, Eintritt: 4/3 Euro

KONZERT

- Freitag, 9.12., 20 Uhr**
Big Band Christmas Time, Big Swingin' Group unter der Leitung von Olaf Hengst, Schostakowitsch-Saal, Stolzenfelsstr. 1, Karten: 7,50/5, Berlinpass 3 Euro
- Sonabend, 17.12., 15 Uhr**
Weihnachtliche Kammermusik Kulturhaus Karlshorst, Treskowallee 12, Eintritt: 8/3 Euro
- Sonntag, 18.12., 19 Uhr**
Der Jazztreff präsentiert: Petite Pascal Noel, Kulturhaus Karlshorst, Treskowallee 12 Eintritt: 15/Berlinpass 3 Euro
- Sonntag, 18.12., 15 Uhr**
Petersburger Schlittenfahrt, Ronny Heinrich und seine Oranienburger Schlossmusik“, Max Taut Aula, Fischerstr./Schlichtallee, Eintritt: ab 25 Euro

KINDER- UND JUGENDTHEATER

- Sonntag, 17.12., 16 Uhr**
Das (un)mögliche Haus, eine Produktion von Forced Entertainment und Barbican (UK), Theater an der Parkaue, Junges Staatstheater, Parkaue 29

SENIOREN

- Donnerstag, 8.12., 14.30 Uhr**
Unsere Schlagerstunde, Siggie Trzob empfängt Sängerin Regina Thoss, Kommunale Begegnungstätte „Judith Auer“, Judith-Auer Str. 8, Kulturbeitrag: 6 Euro (inkl. Kaffeegedeck)
- Dienstag, 13.12., 14 Uhr**
Wir tanzen bis die Sohlen glühen, Sewanstr. 235, Beitrag: 4,50 Euro

Gewinnspiel



Liebe info-links-Leser, Sie können in diesem Jahr wieder eine von zwei Jahreskarten für den Berliner Tierpark gewinnen. Sie müssen nur folgende Frage richtig beantworten und mir unter dem Kennwort „Schildkröte“ per Post oder per Mail die Antwort zuschicken.

Postadresse:

Dr. Gesine Löttsch, MdB, Deutscher Bundestag, Platz der Republik 1, 11011 Berlin, Mail: gesine.loetzsch@bundestag.de

Preisfrage: Wie groß sind die Eier, die eine Aldabra-Riesenschildkröte legt?

- so groß wie Golfbälle
- so groß wie Hühnereier
- so groß wie Straußeneier

Einsendeschluss: 31.1.2017

„info links“ wird herausgegeben von:
DIE LINKE - Landesvorstand Berlin

Redaktionsadresse:
Geschäftsstelle der Partei DIE LINKE
Alfred-Kowalke-Straße 14, 10315 Berlin
Fon: (030) 512 20 47
Fax: (030) 516 592 42
Mail: info@die-linke-lichtenberg.de
Web: www.die-linke-lichtenberg.de

V.i.S.d.P.: Gesine Löttsch
Redaktionsschluss:
Ausgabe Dezember: 28. November
Die nächste Ausgabe erscheint am
Donnerstag, 12. Januar 2017

Druck:
BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH
Gestaltung: Uta Tietze

Die „info links“ wird durch Spenden finanziert.

Spendenkonto:
DIE LINKE. LV Berlin / Lichtenberg
IBAN: DE 5910 0708 4805 2560 7803
BIC: DE UT DE DB 110
Bitte immer Verwendungszweck angeben:
810-503, info links, Ihr Name, Vorname